

Vorsitz: Jörg Schmidt joerg.h.schmidt@gmail.com
Stellv. Vorsitz: Thomas Zanger thzvs@t-online.de
Geschäftsführung: Alicia Bokler alicia.bokler@t-online.de



**An den
Vorsitzenden der Gemeindevertretung Villmar
Herrn Ludger Behr
Peter-Paul-Straße 30
65606 Villmar**

Villmar, den 10.03.2020

Betreff: Antrag der SPD Fraktion Villmar,
gemäß § 14 der Geschäftsordnung der Gemeindevertretung der Gemeinde Villmar

**Sehr geehrter Herr Vorsitzender,
Die SPD-Fraktion beantragt die Aufnahme des folgenden Punktes auf die Tages-
ordnung der nächsten Gemeindevertreterversammlung.**

**Thema: Ergänzung unseres Antrags zu wiederkehrenden Straßenbeiträgen um
weitere Alternativen**

**Hier: Ergänzung unseres Antrags zur Ausarbeitung einer neuen Straßenbei-
tragsatzung um folgende, gegenüberzustellende Alternativen:**

- **Vollständige Abschaffung der Straßenausbaubeiträge**
- **Aussetzung der Erhebung der aktuell gültigen Straßenbeitragssatzung**
- **Steuerfinanzierte Durchführung kommunaler Straßensanierungen**
- **Vollständige Verwendung des Landesprogramms „Starke-Heimat-Hessen“
für die kommunalen Straßensanierungen**
- **Reduzierung der Höchstsätze für die Beitragsbemessung in der aktuell
gültigen Satzung**

Antrag:

Die Gemeindevertretung beauftragt den Gemeindevorstand sowie die Verwaltung der Gemeinde Villmar den am 07.06.2018 von der Gemeindevertretung beschlossenen SPD-Antrag zur Ausarbeitung einer neuen Straßenbeitragssatzung sinngemäß um o.g. Alternativen zu ergänzen.

Finanzielle Auswirkungen:

Je nach Alternative weichen die finanziellen Auswirkungen zum Teil deutlich voneinander ab. Während die wiederkehrenden Beiträge weiterhin bei einer ordentlichen Ausarbeitung für die Gemeinde kostenneutral bleiben, ebenso wie eine steuerfinanzierte Sanierung, können die anderen genannten Alternativen sehr stark haushaltswirksam werden. Die konkrete Höhe dieser Kosten hängt von den jeweiligen Bauvorhaben ab, welche sich auch in den letzten Jahren sehr deutlich unterschieden haben. Dies erschwert eine pauschale Prognose zu den finanziellen Auswirkungen. Anzumerken ist außerdem, dass die unterschiedlichen Alternativen auch mit unterschiedlichen Folgekosten einhergehen, da die Praxis zeigt, dass viele Grundstückseigentümer entweder den Rechtsweg beschreiten oder ihre Gebührenbescheide auf lange Zeit gestreckt, meist 20 Jahre, abtragen, zu 1% Verzinsung. Daraus resultieren auch entsprechende Folgen für den kommunalen Finanzhaushalt.

Beschlussvorschlag:

Die Gemeindevertretung beschließt, den Gemeindevorstand sowie die Verwaltung der Gemeinde Villmar mit der Ergänzung des am 07.06.2018 von der Gemeindevertreterversammlung beschlossenen SPD-Antrags zu einer neuen Straßenbeitragssatzung um folgende Punkte zu beauftragen und diese erweiterte Diskussionsgrundlage mit in die angedachten Beratungen des Haupt- und Finanzausschusses sowie des Bau- und Umweltausschusses einfließen zu lassen:

- **Vollständige Abschaffung der Straßenausbaubeiträge**
- **Aussetzung der Erhebung der aktuell gültigen Straßenbeitragssatzung**
- **Steuerfinanzierte Durchführung kommunaler Straßensanierungen**
- **Vollständige Verwendung des Landesprogramms „Starke-Heimat-Hessen“ für die kommunalen Straßensanierungen**
- **Reduzierung der Höchstsätze für die Beitragsbemessung in der aktuell gültigen Satzung**

SPD-Fraktion Villmar

Vorsitz: Jörg Schmidt joerg.h.schmidt@gmail.com
Stellv. Vorsitz: Thomas Zanger thzvs@t-online.de
Geschäftsführung: Alicia Bokler alicia.bokler@t-online.de



Begründung:

Die Handhabung des Themenbereichs „Straßenausbaubeiträge“ unterscheidet sich sehr stark innerhalb der sehr heterogenen hessischen Kommunen. Während vorwiegend finanziell gut situierte Kommunen der Ballungsgebiete auf jedwede Form von Straßenausbaubeiträgen verzichten (können), müssen primär ländlich geprägte Kommunen, zum Beispiel Villmar, aufgrund der finanziellen Notwendigkeit und der Verweigerungshaltung der schwarz-grünen Landesregierung oftmals ihre Bürger weiter schröpfen.

Diese Landesregierung behauptet weiterhin, dass alle hessischen Kommunen genügend finanziellen Spielraum haben, um die Bürger zu entlasten, man könne vor Ort entscheiden, ob dies sinnvoll sei, angeblich ein Meisterstück kommunaler Selbstverwaltung. Zusätzlich habe man, so der Tenor der Landesregierung, mit dem Programm „Starke-Heimat-Hessen“ die ohnehin sehr gut aufgestellten Kommunen weiter gestärkt. Hierzu sei auf die Antwort des Innenministeriums (HMdIS) auf die Resolution zur Abschaffung der Beiträge auf Landesebene verwiesen. Wenn dem so sein sollte, dann muss Villmar den Kommunen folgen, welche die Beiträge bereits abgeschafft haben, aktuell ca. ein Drittel aller hessischen Kommunen, oder die Bürger anderweitig spürbar entlasten. Falls dies jedoch nicht den finanziellen Möglichkeiten der Kommune entspricht, dann sollte dennoch das gesamte Spektrum an Möglichkeiten, diesem Thema auf kommunaler Ebene gerecht zu werden, in die Diskussion hierüber einfließen. Hier muss Klarheit geschaffen werden, auch weil vielen Bürgern das Thema unter den Nägeln brennt und oftmals die Kommunalpolitiker vor Ort den „Schwarzen Peter“ zugeschant bekommen. Die mittlerweile zahlreichen Bürgerinitiativen in Hessen sowie parteiübergreifende Resolutionen sprechen Bände über die Relevanz und Brisanz dieses Themas.

Generell ist zu beobachten, dass sich die Wege und Herangehensweisen der Kommunen beim Umgang mit dem Thema zum Teil stark unterschieden. Dies kann man auch exemplarisch gut in unserem Landkreis Limburg-Weilburg beobachten. Während man in Limburg vollständig auf die Erhebung dieser Beiträge verzichtet, die Beiträge aus dem Haushalt finanziert und zur Zeit sogar eine Rückerstattung von Beiträgen Verhandlungsgegenstand bei dem VG Wiesbaden ist, hat man in unserer Nachbarkommune Runkel wiederkehrende Beiträge eingeführt, Weilburg hat das Thema nach kontroversen Diskussionen zunächst verschoben. Es gibt deshalb in unseren Augen mehr als genug Anknüpfungspunkte, im Rahmen der so oft beschworenen „interkommunalen Zusammenarbeit“ Erfahrungen einzuholen und für die Diskussionen zu bündeln und aufzubereiten. Dies geht auch aus oben genannter Antwort des HMdIS hervor. Hier muss Villmar endlich im Sinne der Bürger aktiv werden.

Daher sollte den kommunalen Mandatsträgern eine bestmögliche Entscheidungsgrundlage zu diesem Thema vorliegen und sich in den Diskussionen auch die gesamte Bandbreite an verschiedenen Ansätzen wiederfinden. Neben den wiederkehrenden Beiträgen, auf deren Verwaltungsentwurf die gemeindlichen Gremien seit nun knapp 2 Jahren warten und der auf Nachfrage für Ende letzten Jahres zugesagt wurde, müssen die genannten Alternativen bei den Diskussionen zu diesem kontroversen Themenkomplex Berücksichtigung finden. Das sind wir den Anliegern, Bürgern und Beitrags- bzw. Steuerzahlern schuldig.

Davon unberührt bleibt natürlich unsere grundsätzliche Haltung, dass dieses Thema am besten durch die Landespolitik gelöst wird und Hessen den Bundesländern folgt, welche ihren Kommunen die Finanzierung kommunaler Infrastruktur aus originären Landesmitteln ermöglichen.

Für die SPD-Fraktion Villmar

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'J. Schmidt'.

Jörg Schmidt

SPD-Fraktion Villmar

Vorsitz: **Jörg Schmidt** joerg.h.schmidt@gmail.com
Stellv. Vorsitz: **Thomas Zanger** thzvs@t-online.de
Geschäftsführung: **Alicia Bokler** alicia.bokler@t-online.de



Weiterführendes zu diesem Thema:

Anhörung im Innenausschuss zum Thema Straßenbeiträge

https://hessischer-landtag.de/sites/default/files/scald/files/INA-KB-04-oeff_Anh.pdf

Debatte im Landtag (S. 1689-1691)

<http://starweb.hessen.de/cache/PLPR/20/2/00022.pdf?fbclid=IwAR303LYI3iWpJutH-8zhV7gad-HnJFU7VqDfll4sPikzB0ifWyX05LbJFm3U>

AG der hessischen Bürgerinitiativen

<https://strabs-he.chayns.net/Startseite>

Positionierung der Landtagsmitglieder

<https://www.openpetition.de/petition/stellungnahme/abschaffung-der-strassenbeitraege>